

Aktiv für Demokratie

Entschlossen gegen Rechts

www.spdfraktion.de



SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

05	Vorwort
06	Merkmale von Rechtsextremismus
07	Daten und Fakten
09	Entwicklung der Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund
11	Alltägliche Präsenz des Rechtsextremismus
13	Rechtsextreme Parteien im Überblick
20	Kameradschaft und Neonazis
21	Symbolik der Rechten
23	Rechte Musikszene
24	Maßnahmen gegen Rechtsextremismus
34	Fonds für Opfer rechtsextremistischer Übergriffe
35	Auswahl weiterführender Informationen

Vorwort



Nicht nur die Wahlerfolge rechter Parteien, sondern auch Nazi-Aufmärsche und -Demonstrationen, fremdenfeindliche Übergriffe und rechte Gewalt sind mehr als Alarmsignale, die ein entschiedenes Handeln aller gesellschaftlichen Gruppen und jedes Einzelnen erfordern.

Gerade Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind besonders sensibilisiert – haben doch viele von ihnen unter der Verfolgung im Nationalsozialismus ihr Leben lassen müssen. Es ist primäre Aufgabe der Sozialdemokratie, sich für

unsere Staatsform einzusetzen und sie mit allen demokratischen und rechtsstaatlichen Mitteln zu schützen.

Aktiv für Demokratie – entschlossen gegen Rechts

Die SPD-Bundestagsfraktion bezieht mit ihrer Arbeitsgruppe Rechtsextremismus klar Position gegen Rechts, zeigt die Notwendigkeit des Handelns, ist Ansprechpartner, Diskussions- und Informationsforum. Die Arbeitsgruppe Rechtsextremismus und die gesamte SPD-Bundestagsfraktion nehmen Einfluss auf die politische Gestaltung und Finanzierung von Programmen gegen Rechts.

Demokratie stärken, eine aktive Bürgergesellschaft organisieren, Respekt und Toleranz leben, Information und Aufklärung vorantreiben – das können und müssen wir als demokratische Partei leisten.

Dazu soll diese Handreichung auffordern und eine Hilfestellung geben.

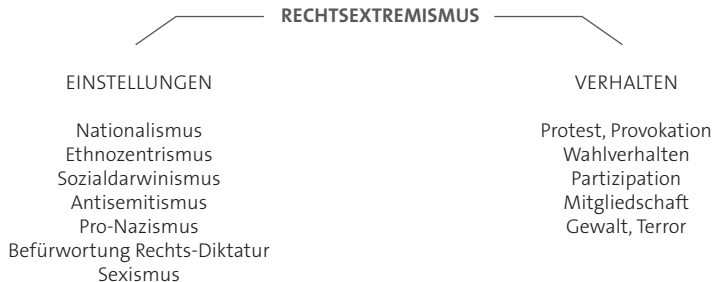
Gabriele Fograscher MdB
Sprecherin der Arbeitsgruppe
Rechtsextremismus

Merkmale von Rechtsextremismus

Grundsätzlich versteht man unter Extremismus eine antidemokratische Haltung, die die Überwindung der modernen Demokratie als oberste Priorität ansieht. Wesentliche Inhalte moderner Demokratien wie Gewaltentrennung, eine Verfassung oder die friedliche Koexistenz von Staaten im internationalen Verbund sind nicht vereinbar mit dem rechtsextremen Staatsverständnis.

Der inhaltliche Schwerpunkt des rechtsextremen Staatsverständnisses liegt auf dem Wohl des Volkes, wobei die Volkszugehörigkeit in der Regel rassistisch definiert wird, und nicht wie in Demokratien auf dem der Individuen. Begründet wird dies durch Rassenlehre und völkischem Nationalismus, der durch die Ideologie der **Ungleichwertigkeit der Menschen** gekennzeichnet ist. Neben der Homogenität der Bevölkerung ist besonders der Autoritarismus hervorzuheben. Volkssouveränität wird durch eine straff durchorganisierte Zentralgewalt ersetzt. Daraus folgt, dass der Wille der einzelnen Bürger in keiner Weise in der Gesetzgebung berücksichtigt wird. Dies führt zu übersteigerten Machtansprüchen jenseits der nationalen Grenzen.

Dimensionen des Rechtsextremismus



Quelle: Stöss, Richard: Rechtsextremismus im Wandel. Friedrich Ebert Stiftung, Berlin 2005

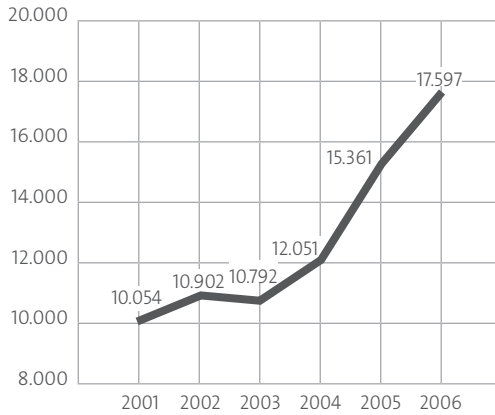
Daten und Fakten

Straftaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich „Politisch motivierte Kriminalität rechts“

Gewalttaten	2005	2006
Tötungsdelikte	0	0
Versuchte Tötungsdelikte	2	0
Körperverletzungen	816	919
Brandstiftungen	14	18
Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion	3	1
Landfriedensbruch	39	33
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft-, Schiffs- und Straßenverkehr	9	6
Freiheitsberaubung	0	0
Raub	23	13
Erpressung	6	7
Widerstandsdelikte	46	50
Sexualdelikte	0	0
gesamt	958	1.047
Sonstige Straftaten		
Sachbeschädigung	445	391
Nötigung/Bedrohung	90	150
Propagandadelikte	10.881	12.627
Störung der Totenruhe	30	14
Andere Straftaten, insbesondere Volksverhetzung	2.957	3.368
gesamt	14.403	16.550
Straftaten insgesamt	15.361	17.597

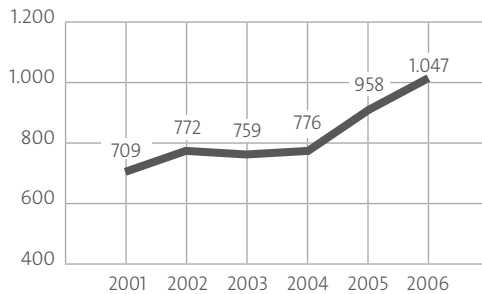
Quelle: Bundesamt für Verfassungsschutz

Entwicklung rechtsextremer Straftaten



Quelle: Bundesamt für Verfassungsschutz

Entwicklung rechtsextremer Gewalttaten



Quelle: Bundesamt für Verfassungsschutz

Entwicklung der Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund

Die Erfassung rechtsextremer Straf- und Gewalttaten zeigt eine ständige Steigerung, die lediglich in den Jahren 2001 bis 2003 ein verhältnismäßig gleichbleibendes Niveau hatte. Extreme Anstiege gab es in den Jahren nach der Wiedervereinigung und seit dem Jahr 2004. Allein die Gewalttaten mit rechtsextremem Hintergrund erfuhren in den Jahren **2004 bis 2006 eine Steigerung um fast 35 Prozent!**

Um Erfassungsdefizite zu beseitigen, beschloss die Innenministerkonferenz zum 1. Januar 2001 die Einführung des neuen Definitionssystems „Politisch motivierte Kriminalität“ (PMK). Die amtlichen Zahlenangaben über Gewalttaten und sonstige Straftaten seit 2001 sind nicht mit den entsprechenden Angaben vor 2001 vergleichbar.

Seit 1990 wuchs das Gewaltpotenzial bundesweit dramatisch an. Die Gesetzesverletzungen mit erwiesener und vermuteter rechtsextremistischer Motivation versechsfachten sich von 1.848 (1990) auf 10.561 (1993), die Gewalttaten darunter versiebenfachten sich sogar von 309 auf 2232. Dieser explosionsartige Anstieg, der vor allem in Ostdeutschland

stattfand, stellte eine neue Qualität im Bereich des gewalttätigen Rechtsextremismus dar. Gründe liegen sowohl in der deutschen Einheit mit ihren wirtschaftlichen und sozialen Brüchen, als auch in der sehr emotional geführten Debatte über das Asylrecht, die mit dem umstrittenen „Asylkompromiss“ des Deutschen Bundestages im Sommer 1993 ihr Ende fand.

Nach 1993 bildete sich die Gewalt langsam wieder zurück. Dazu dürften auch staatliche Repression gegen neonazistische Organisationen, polizeiliche Exekutivmaßnahmen, Verurteilungen der Straftäter und nicht zuletzt die empföhrten Reaktionen der Öffentlichkeit – vor allem nach dem Brandanschlag von Solingen am 29. Mai 1993, bei dem zwei Erwachsene und drei Kinder den Tod fanden – beigetragen haben. Das Niveau der sonstigen Gesetzesverletzungen – zum Beispiel Propagandadelikte – blieb freilich weiterhin hoch und erreichte 2000 mit 15.000 Taten einen Spitzenwert der allerdings im Jahr 2006 mit 17597 nochmals weit übertroffen wurde. Die Entwicklung der letzten Jahre lässt befürchten, dass ein Ende des Anstiegs noch nicht erreicht ist.

Gewalttaten mit rechtsextremem Hintergrund erfuhren in den Jahren 2004 bis 2006 eine Steigerung um fast 35 Prozent!

Rechtsextremismuspotenzial

	2004		2005		2006	
	Gruppen	Personen	Gruppen	Personen	Gruppen	Personen
Subkulturell geprägte und sonstige gewaltbereite Rechtsextremisten	2	10.000	2	10.400	2	10.400
Neonazis	87	3.800	105	4.100	108	4.200
in Parteien	3	23.800	3	21.500	3	
„Deutsche Volkunion“ DVU		11.000		9.000		8.500
„Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)		5.300		6.000		7.000
„Die Republikaner“ (REP)		7.500		6.500		6.000
Sonstige rechtsextremistische Organisationen	76	4.300	73	4.000	69	3.800
Summe	168	41.900	183	40.000	182	39.900
Nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften		40.700		39.000		38.600

Quelle: Bundesamt für Verfassungsschutz

Alltägliche Präsenz des Rechtsextremismus

Eine der größten Gefahren ist die schleichende „Normalisierung“ rechtsextremer Ideologie. Aufkleber mit Parolen wie „Hartz IV muss weg“ werden von den Menschen gesehen, prägen sich ein, werden aber nicht hinterfragt. Damit will sich die NPD als bürgernahe Partei geben, die Verständnis für die sozialen Bedürfnisse der Menschen hat.

Gleiches passiert auch im Internet, das von den Rechtsextremisten sehr offensiv und medial geschickt genutzt wird. Das Internet ist einer der wichtigsten Propagandaplattformen der rechten Szene geworden. Die Web-Seiten werden heute so gut bearbeitet, dass für den unbefangenen Benutzer nicht so fort klar wird, welches Anliegen damit verfolgt wird. Ein Beispiel hierfür die Seite „JugendOffensive“, die mit multimedialen Mitteln insbesondere den Geschmack von jungen Menschen treffen will. Einer

der Initiatoren hat Medienwissenschaften studiert und nutzt seine Kenntnisse zur Mobilisierung und Indoktrinierung der Jugend.

Aber auch die im Sprachgebrauch der rechtsextremen Gruppierungen „bewährten“ Propagandamittel wie Schülerzeitungen und Schulhof-CDs werden von der rechten Szene weiterhin intensiv genutzt. Allerdings findet die Verteilung meist nicht mehr vor der Schule statt, sondern auf dem Schulweg, um einer direkten Beobachtung zu entgehen. Allein der Aufmerksamkeit einiger engagierter Schüler und Eltern ist es zu verdanken, dass einige wenige Verteilaktionen unterbunden werden konnten. Der NPD wurde durch eine einstweilige Verfügung die Verteilung der Zeitschrift „Stachel“ verboten. Allerdings wird dies die NPD nicht daran hindern, die Zeitung unter anderem Namen weiterhin herauszugeben.

Das Internet ist einer der wichtigsten Propagandaplattformen der rechten Szene geworden.

Aber auch im alltäglichen Bereich versucht der Rechtsextremismus den Anschein der Bürgerlichkeit zu erreichen und die Taktik zeigt Erfolge. Neonazigruppen der Freien Kameradschaften bieten sich immer häufiger an, zum Beispiel bei Festen mitzuwirken. Dadurch bekommen sie all zu schnell den Ruf der „lieben Jungs, die doch keinem etwas tun“.

*Dieser schleichen-
den Akzeptanz
rechtsextremen
Gedankengutes,
Parolen und Symbo-
lik kann nur durch
intensive Aufklä-
rung begegnet
werden. Dazu sind
alle demokratischen
Kräfte in unserer
Gesellschaft aufge-
rufen.*

Genau diese „lieben Jungs“ sind es aber, die auf der anderen Seite Menschen die nicht in ihr Weltbild passen, bespitzeln, anpöbeln, verfolgen und verprügeln. Durch ihre strukturierten Organisationen wissen sie genau, wer in einer Gemeinde zu den „Zecken“ gehört. Diese Menschen sind ihr Angriffsziel. Volksfeste werden durch sie zur „No-Go-Area“ für ausländische Mitbürger, für farbige Deutsche, für links orientierte und alternative Jugendliche, aber auch für Behinderte. Auf diesen Festen treten Händler auf, die T-Shirts mit der Aufschrift „Odin statt Jesus“ anbieten, es wird „Thor Steinar“-Kleidung verkauft und niemand schreit ein, da der Verkauf nicht verboten ist.

Sogar Symbolik wie zum Beispiel ein T-Shirt mit dem Code „88“ wird in vielen Gegenden Deutschlands heute als „normal“ betrachtet, obwohl es nach §86a des StGB verboten ist. Auf Veranstaltungen wird die Reichsflagge und die Reichskriegsflagge gezeigt, ohne dass jemand einschreitet.

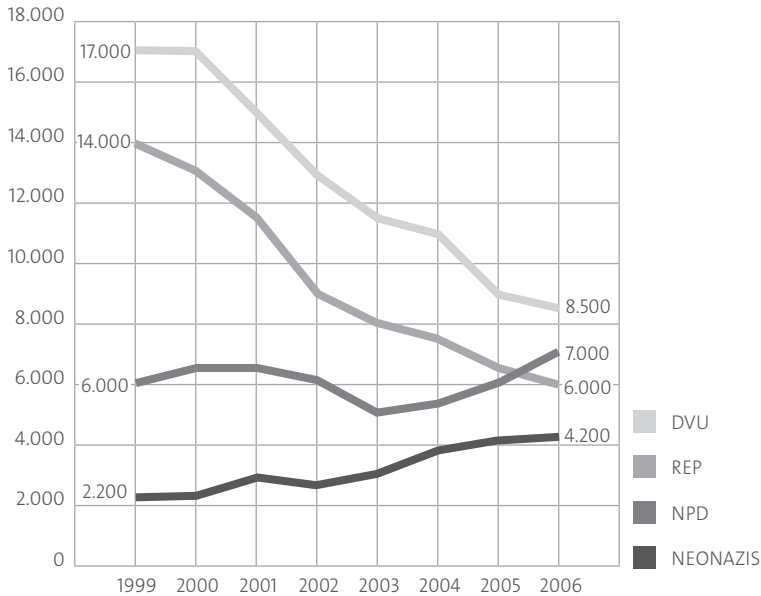
Jugendliche die Ziel rechter Gewalt wurden trauen sich häufig nicht mehr zur Polizei zu gehen, da sie Racheakte fürchten. Das bedeutet aber auch, dass ein zunehmender Teil rechter Gewalt nicht mehr Eingang in die offizielle Erfassung findet. Leider werden Fallveröffentlichungen von Organisation wie der „Opferperspektive“ nur all zu oft von behördlicher Seite angezweifelt.

Dieser schleichenden Akzeptanz rechts-extremen Gedankengutes, Parolen und Symbolik kann nur durch intensive Aufklärung begegnet werden. Dazu sind alle demokratischen Kräfte in unserer Gesellschaft aufgerufen.

.....

Rechtsextreme Parteien im Überblick

Mitgliederentwicklung der rechtsextremen Parteien



Quelle: Bundesamt für Verfassungsschutz

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Gegründet wurde die NPD am 28.11.1964 mit dem Zweck, die politische Rechte zu vereinen. Besonders aus den Reihen der Deutschen Reichspartei (DRP) rekrutierten sie viele Anhänger, so dass die DRP sich nach wenigen Jahren der NPD – Existenz auflöste. Dieser Teil der Anhängerschaft der NPD verstand sich in der Tradition der NSDAP.

Mit dem Aufbau von elf Landes-, 66 Bezirks-, 336 Kreis- und 240 Ortsverbänden schaffte es die NPD, ihre Mitgliederzahl ständig bis ins Jahr 1969 zu erhöhen. Zum Wahlklientel gehörten mittelständische Berufsgruppen, die insbesondere in wirtschaftlich schwachen Regionen lebten. Neben Selbstständigen und Angestellten zählten auch Arbeiter zur Stammwählerschaft der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands.

Die NPD sah sich in der Tradition des Nationalsozialismus und nahm glorifizierend Bezug zu deren Repräsentanten.

Inhaltlich erreichte die NPD ihre Wählerschaft durch Kritik am freiheitlichen und konsumorientierten Lebensstil. Die NPD sah sich in der **Tradition des Nationalsozialismus** und nahm glorifizierend Bezug zu deren Repräsentanten. Konkrete Postulate der NPD waren die Aufhebung der Kollektivschuld der Deutschen im Zweiten Weltkrieg, die Besatzungspolitik nach dem Zusammenbruch des Dritten Reichs sowie die Erweiterung des Territoriums zu den Grenzen von 1938.

Zweigleisig fuhr die Parteiführung, indem sie einerseits öffentliche Bekenntnisse zur Demokratie gab, aber andererseits durch ihre Presseorgane wie den

„Deutschen Nachrichten“ keinen Hehl aus ihrer antidemokratischen Haltung machte. Bestimmende Themen waren eine zentral geleitete Regierungsform, das übersteigerte nationalistische Wohl des Volkes und die Revision des deutschen Geschichtsbildes.

Mit dieser Art von Politik gelang der NPD nicht nur der Einzug in vier Landtage bis zum Jahr 1967, sondern auch ein Anwachsen der Mitgliederzahl auf 28 000. Ab der Bundestagswahl 1969, in der die Nationaldemokratische Partei Deutschlands an der 5 Prozent Hürde scheiterte, vermehrten sich die Austritte aus der Partei. Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung und der Modernisierung der Gesellschaft verschwand die ehemalige Wählerbasis der NPD. Neben den politischen Problemen kamen finanzielle Lasten in Form von Wahlkampfschulden auf die Partei zu.

Um erstere in den Griff zu bekommen, wurde ein Bündnis mit der DVU im Jahr 1987 eingegangen. Doch auch dieses erbrachte nicht die erhoffte Besserung auf Wählerzulauf.

Erst im Jahr 1989 stabilisierte sich die NPD und schaffte mit dem neuen Parteivorsitzenden Udo Voigt 1996 eine **inhaltliche Neuorientierung**. Besonders die Themengebiete „Sozialpolitik“ und „Wirtschaftspolitik“ bekamen höchste Priorität. In Wahlkämpfen wurde mit den Ängsten der Bevölkerung um Wählerstimmen geworben. Jugendliche mit

schlechten Zukunftsaussichten gerieten ins Visier der Wahlkampfstrategen. Mit der Angst vor Arbeitsplatzverlust wurde ebenso wie mit Kapitalismuskritik versucht, wieder Protestwähler in die eigenen Reihen zu ziehen. Mit Themen wie Fremdenhass, Ausländer nehmen uns die Arbeit weg und Überfremdung versucht die NPD, Unsicherheit in der Bevölkerung zu schüren und eigene Wählerinnen und Wähler zu rekrutieren.

Mit Themen wie Fremdenhass, Ausländer nehmen uns die Arbeit weg und Überfremdung versucht die NPD, Unsicherheit in der Bevölkerung zu schüren und eigene Wählerinnen und Wähler zu rekrutieren.

Vergleicht man die Politik der NPD heute mit ihren politischen Anfängen der Partei, lässt sich feststellen, dass eine Neuorientierung stattfand, aber trotzdem hauptsächlich Unzufriedene angesprochen werden sollen. Es ist wohl kein Zufall, dass gerade in wirtschaftlichen Aufschwungsphasen (z. B. 1968) die inhaltsleere Politik der NPD durch den Wähler bestraft wurde.

Die **Mitgliederzahlen der NPD steigen** – im Gegensatz zur Entwicklung bei anderen rechtsextremen Parteien – seit einigen Jahren, vor allem konnten zahlreiche junge Neumitglieder gewonnen werden. Dies führte dazu, dass die NPD in Bezug auf ihre Mitgliedschaft heute die jüngste Partei in Deutschland ist.

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung / Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, Pfahl – Traugber, Armin

Strategie der NPD

Strategisch orientiert sich die NPD am „Drei-Säulen-Modell“: „Kampf um die Straße“ – „Kampf um die Parlamente“ – „Kampf um die Köpfe“, das inzwischen durch eine vierte Säule, den „Kampf um den organisierten Willen“, ergänzt wird.

Große Beteiligung erfährt sie durch die Neonaziszene und die Kameradschaften. Anlass bieten Jahrestage mit historisch – nationalsozialistischen Ereignissen, wie der „Heß – Gedenktag“ oder Hitlers Geburtstag.

- Dem **„Kampf um die Straße“** - gemeint ist die Durchführung von Demonstrationen - misst die NPD weiterhin große Bedeutung zu. Große Beteiligung erfährt sie durch die Neonaziszene und die Kameradschaften. Anlass bieten Jahrestage mit historisch-nationalsozialistischen Ereignissen, wie der „Heß-Gedenktag“ oder Hitlers Geburtstag.
- Der **„Kampf um die Parlamente“** bekommt durch die Wahlabsprache mit der DVU im strategischen Konzept der NPD Priorität. Der Wahlerfolg der NPD in Sachsen wurde durch den Verzicht der DVU auf eine Wahlteilnahme begünstigt. Ebenso profitierte die DVU in Brandenburg vom Wahlverzicht der NPD. Bei der Bundestagswahl 2005 trat absprachegemäß nur die NPD an, im Gegenzug wird sie bei der nächsten Europawahl zugunsten der DVU auf eine Teilnahme verzichten. Eine Ausnahme sind die Republikaner, die nicht an einer Kooperation interessiert sind.

- Auch die „Wortergreifungsstrategie“, ein Element des **„Kampfes um die Köpfe“**, soll fortgesetzt werden. Die „Wortergreifungsstrategie“ sieht vor, dass NPD-Mitglieder Veranstaltungen anderer Organisationen durch gezielte Einflussnahme auf Diskussionen für eigene Zwecke instrumentalisieren. Die NPD hat auch das Motto „Keine Veranstaltung gegen Rechts ohne Rechte“.
- Der **„Kampf um den organisierten Willen“** bezieht sich auf den Versuch, möglichst alle „nationalen Kräfte“ zu konzentrieren. Die NPD versteht sich als „Speerspitze der nationalen Erneuerung“ im Bündnis mit den „aktiven Kräften des nationalen Widerstandes“. Ihr vorrangiges Ziel ist es, die Meinungsführerschaft innerhalb des rechtsextremistischen Lagers zu erlangen. Das Angebot zur Zusammenarbeit richtet sich sowohl an die Freien Nationalisten und die rechtsextremistischen Skinheads als auch an die rechtsextremistischen Parteien DVU, REP und Deutsche Partei (DP). Die angestrebte Sammlungsbewegung bezeichnet die NPD als „Volksfront von rechts“.

Die angestrebte Sammlungsbewegung bezeichnet die NPD als „Volksfront von rechts“.

Speziell im ländlichen Raum versucht die NPD Anerkennung durch die Einrichtung von sozialen Institutionen zu gelangen. Mit der Elternarbeit z. B. in Kindergärten und Fußballvereinen und der Organisation von Musikveranstaltungen, Familienfesten u. a. versucht die NPD, sich salonfähig zu machen.

Zusammenarbeit mit der neonazistischen Szene

Mit dem vorbestraften Neonazi Thorsten HEISE ist es der NPD gelungen, eine der Führungsfiguren der Freien Kameradschaften in die NPD einzubinden.

Die NPD verstärkte die Zusammenarbeit mit Freien Nationalisten (Neonazis und neonazistische Skinheads), mit denen sie den „Kampf um die Straße“ führt. Ihren Ausdruck findet diese Zusammenarbeit insbesondere in gemeinsam durchgeführten Demonstrationen. Auch organisatorisch hat sich die Annäherung von NPD und Freien Nationalisten intensiviert: So wurden im Jahr 2004 die Neonazis Jörg HÄHNEL, Thorsten HEISE und Jens PÜHSE in den Bundesvorstand der Partei gewählt. Mit dem vorbestraften Neonazi Thorsten HEISE ist es der NPD gelungen, eine der Führungsfiguren der Freien Kameradschaften in die NPD einzubinden.

Gemeinsam mit den Freien Nationalisten strebt die NPD die ideologische Vorherrschaft im vorpolitischen Raum an. „Befreite Zonen“ sollen die Keimzellen für eine Machtübernahme im gesamten Land bilden. Die aktionistische Orientierung und die **Zusammenarbeit mit den Neonazis** sollen eine nationalistische Gegenkultur herbeiführen.

Die Allianz mit den Freien Nationalisten findet innerhalb der NPD allerdings keinen ungeteilten Beifall. Vor allem ältere Parteimitglieder des Traditionsflügels stehen dem Aufstieg der Freien Nationalisten reserviert gegenüber. Auch aus den Reihen der Freien Nationalisten gibt

es Kritik an der Vereinnahmungsstrategie der NPD. Es widerspricht dem Selbstverständnis vieler Kameradschaftsmitglieder, sich in feste parteipolitische Strukturen einbinden zu lassen.

.....

Einfluss auf Jugendliche - „Schulhof-CD“

Das Vorgehen der NPD ist nicht auf kurzfristige Erfolge ausgerichtet. Im Rahmen der von ihr propagierten „Drei-Säulen-Strategie“ strebt sie langfristig die ideologische Vorherrschaft im vorpolitischen Raum an. Für Jugendliche hat sie zielgerichtete Werbestrategien entwickelt. Im Bundestagswahlkampf 2005 brachte die NPD eine Musik-CD mit dem Titel „Schulhof-CD – Der Schrecken aller linken Spießler und Pauker“ in Umlauf. Die Texte der in einer Auflage von 200.000 Exemplaren produzierten CD sollten Jugendliche emotionalisieren, um sie auf diesem Wege für die „Idee des nationalen Widerstandes“ zu gewinnen.

Auch stellt die Jugendorganisation der NPD z. B. in Sachsen eine Schülerzeitung her.

Quelle: Landesamt für Verfassungsschutz - Niedersachsen

.....

Deutsche Volksunion (DVU)

Zu den wichtigsten Themen gehören die Angst vor Einwanderung, Fremdbestimmung durch die Nato und den ehemaligen Besatzermächten sowie der historisch verwurzelte Antisemitismus.

Die Deutsche Volksunion (DVU), die 1971 zuerst als Verein gegründete wurde, ist eine rechtsextreme Partei, die vor allem über dessen Gründungsvater Gerhard Frey in Erscheinung tritt. Neben dem Parteivorsitz, den Frey seit 1987 innehat, ist er als Verleger tätig und verknüpft wirtschaftliche und politische Interessen auf das engste miteinander. Mit einer Auflage von 40.000 Exemplaren erfüllt die „National – Zeitung“ die Aufgabe, mit radikaler Berichterstattung die DVU als Lösung aller politischer Probleme darzustellen. Zu den wichtigsten Themen gehören die Angst vor Einwanderung, Fremdbestimmung durch die Nato und den ehemaligen Besatzermächten sowie der historisch verwurzelte Antisemitismus.

Frey führt seine Partei zentralistisch. Hierarchisch laufen alle Verbindungen der Partei zum Parteivorsitzenden, weshalb Parteikollegen oftmals als machtlose Gehilfen dargestellt werden.

Zu den wichtigsten Siegen auf Landesebene zählen ohne Zweifel der Einzug in das Parlament von Sachsen-Anhalt 1998 mit 12,9 Prozent der Stimmen. Ebenfalls ist die DVU im Landtag von Brandenburg seit zwei Legislaturperioden vertreten.

Mit dem Zusatz „Liste D“ wurde 1987 der Versuch gestartet eine Kooperation zur NPD aufzubauen. Schon vier Jahre später wurde diese auf Grund des Ausbleibens von Wahlerfolgen wieder aufgelöst. Interessant war in diesem Zusammenhang die Aufgabenverteilung der NPD und DVU. War es die hauptsächliche Rolle der NPD, das Personal für den Wahlkampf zu stellen, kümmerte sich die DVU um die Finanzierung.

Anhand der enorm **schwindenden Mitgliederzahl** bleibt der DVU zwar die Unterstützung durch die Bevölkerung versagt, aber auf Grund der politischen Landtagserfolge sollte diese nicht unterschätzt werden.

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung / Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, Pfahl – Traugher, Armin

.....

Die Republikaner (REP)

Neben NPD und DVU sind die rechtsextremen Republikaner die dritte Kraft des rechten Parteienspektrums in der Bundesrepublik Deutschland. Gegründet wurde diese Partei im Jahr 1983 von zwei ehemaligen Abgeordneten der CSU in Bayern.

Im Vergleich der republikanischen Programmatik mit der NPD und DVU finden sich Unterschiede. Zum einen gelten die Mitglieder der Republikaner als weniger gewalttätig als die Anhänger der NPD und zum anderen weist sie im Organisationsgrad Besonderheiten auf. Ist die NPD stark im Osten der Republik vertreten, können die Republikaner eine höhere Mitgliederzahl im Südwesten Deutschlands vorweisen.

Das belegen auch die Wahlerfolge 1992 und 1996 in Baden-Württemberg. Als Medium zu den derzeitig 6500 Mitgliedern wird die Zeitschrift „Zeit für Protest“ verwendet. Diese dient als Sprachrohr der Partei und offenbart propagandistische Züge.

Ideologische Differenzen zu den anderen rechtsextremen Parteien sind kaum zu erkennen. Insgesamt treten die Republikaner unter ihrem aktuellen Vorsitzenden Dr. Rolf Schlierer aber deutlich moderater auf. Vor allem gegenüber der NPD sind die Republikaner **um Abgrenzung bemüht** und so beteiligt sich die Partei auch nicht an dem von DVU und NPD eingegangenen „Deutschlandpakt“. Die Republikaner betonen die Priorität der gemeinsamen Abstammung und der gemeinsam erlebten Geschichte, was sich im Volksbegriff zentriert. Hier wiederum leitet sich eine ausländerfeindliche Politik ab.

Ideologische Differenzen zu den anderen rechtsextremen Parteien sind kaum zu erkennen.

Hinreichende Beweismittel für eine Gefährdung der demokratischen Grundordnung können den Republikanern nicht nachgewiesen werden. Offenkundig geloben sie die Treue zur Verfassung. Die Entwicklung der vergangenen Jahre hat dazu geführt, dass die Republikaner in den aktuellen Verfassungsschutzberichten keine Erwähnung mehr finden.

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung / Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, Pfahl – Traugber, Armin

.....

Neonazis und die Kameradschaften

Neben den rechten Parteien existieren auch sog. Kameradschaften und Neonaziorganisationen in ganz Deutschland. Das überwiegend in lokal oder regional aktiven Kameradschaften organisierte neonazistische Personenpotenzial ist im Vergleich zu 2005 von 4.100 auf 4.200 (2006) gestiegen. Die Anzahl der Kameradschaften stagniert bei 160.

Als Ziele all dieser Organisationen werden die Errichtung eines „Vierten Reichs“, die Gebietserweiterung insbesondere nach Osten und die Auflösung der Demokratie zu Gunsten eines diktatorischen Führerstaates angesehen.

Diese rechtsextremen Netzwerke stehen insbesondere der NDP sehr nahe, jedoch wird offiziell bestritten, dass sie eine Unterorganisation seien.

Typisch für diese losen Bündnisse ist die Provokation in der Öffentlichkeit durch geplante **Aktionen auf der Straße**. Dadurch soll Aufmerksamkeit in der Bevölkerung erzeugt werden und zum anderen wird versucht, Anhänger zu werben.

Als Ziele all dieser Organisationen werden die Errichtung eines „Vierten Reichs“, die Gebietserweiterung insbesondere nach Osten und die Auflösung der Demokratie zu Gunsten eines diktatorischen Führerstaates angesehen.

Durch ihr gewaltbereites Verhalten stehen sie in der Tradition der SA und sehen sich selbst auch als deren Nachfolgeorganisation. Offenkundig wird dies durch die Namensgebung dieser Gruppierungen, die sich auf SA-Funktionäre beziehen. Diese Bündnisse zeichnen sich durch ihre Mobilität, Spontantät und ihr gewaltbereites aktionsorientiertes Auftreten aus. Besonders die neuen Informationstechnologien werden für kurzfristige Treffen verwendet.

Existierte bis Mitte der 90er Jahre ein mehr oder minder exaktes Bild von den Mitgliedern rechtsextremer Jugendkultur hinsichtlich deren Lifestyle, verschwamm dies immer mehr mit dem Einsetzen von Individualisierungsprozessen. Stereotype Kleidung, Musik und auch Frisuren gingen durch die kulturelle Pluralisierung verloren. Die rechte Szene bedient sich heute auch bei Symbolen der Linksautonomen und tarnt sich durch Zeichen anderer gesellschaftlicher Gruppierungen.

Quellen: Stöss, Richard: Rechtsextremismus im Wandel. Friedrich Ebert Stiftung, Berlin 2005
Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, Pfahl – Traugber, Armin

Symbolik der Rechten

Unter den Mitgliedern der rechtsextremen Szene funktioniert Kommunikation über Zeichen, Runen, bestimmte Dresscodes und Zahlenformeln. Diese müssen enttarnt werden. Viele von Neonazis verwendete Zeichen und Codes sind nicht ursprünglich der rechtsextremen Szene zuzurechnen. So wird zum Beispiel das Symbol der Antifa-Bewegung in abgewandelter Form (Farbvertauschung) auch von freien bzw. autonomen Nationalisten verwendet. Dadurch wird die Zuordnung dieser Symbole zu einer bestimmten Szene zunehmend schwieriger.

Symbole und Zeichen

Neben dem unter Strafe gestellten „Hakenkreuz“ wird in der rechten Szene oft die Schwarz-Weiß-Rote Reichsflagge verwendet, die für das vordemokratische Deutschland steht. Diese Farben des Kaiserreichs treten in allen Variationen auf. Weitere strafbare Zeichen sind das SS und SA-Abzeichen, sowie die verschiedenen Gau-Abzeichen und alle Symbole, welche die „Sig“ Rune verwenden. Weit schwieriger ist es, Zeichen zu erkennen, die nicht einschlägig bekannt sind, aber trotzdem vermehrt zur Kommunikation innerhalb der Szene verwendet werden. Typisch hierfür sind Runen. Diese germanischen Schriftzeichen erfreuen sich hoher Beliebtheit, da der Runenmythos auf Rassenreinheit hindeutet.

Neben dem unter Strafe gestellten „Hakenkreuz“ wird in der rechten Szene oft die Schwarz-Weiß-Rote Reichsflagge verwendet, die für das vordemokratische Deutschland steht.

Dresscodes

Galten die Kleidungsmarken „Ben Sherman“, „Lonsdale“ und „Fred Perry“ früher als Dresscode, kann dies heute nicht mehr exakt gesagt werden. Einige Firmen investieren in Aufklärungskampagnen, um sich von diesem rechten Image zu distanzieren. Marken wie „Thor Steinar“ oder „Condsaple“ haben ihre Wurzeln in der rechtsextremen Szene und weisen auch weiterhin einen expliziten Bezug zur Szene auf. In mehreren Fußballstadien, u. a. in Berlin und Dresden ist das Tragen dieser Kleidung verboten.

Zahlencodes

Eindeutiger können Zahlen wie die „88“, die für „Heil Hitler“ steht der rechten Szene zugeordnet werden. Weitere Beispiele sind:

- 18** = Adolf Hitler
 - 28** = Blood & Honour (Neonationalsozialistisches Netzwerk)
 - 14** = 14 words (rechtspopuläre Parole)
„We must secure the existence of our people and a future for white children“ (Wir müssen die Existenz unseres Volkes und eine Zukunft für weiße Kinder sichern)
 - 168:1** = 168 Tote bei dem Bombenanschlag in Oklahoma von Timothy McVeigh, der dafür 2001 hingerichtet wurde.
-

Rechte Musikszene

Gelten Symbole als Erkennungs- und Zugehörigkeitsmittel unter Anhängern rechtsextremer Ideologien, vollzieht sich der Einstieg in die rechte Szene häufig über Musik. In nahezu **allen gängigen Musikrichtungen** finden sich auch Lieder mit rechtsextremen Textinhalten. Besonders Jugendliche sind dafür empfänglich und nehmen demokratiefeindliche Liedinhalte auf. Die Texte transportieren oftmals antisemitische, fremdenfeindliche und rassistische Inhalte.

Besonders Jugendliche sind dafür empfänglich und nehmen demokratiefeindliche Liedinhalte auf. Die Texte transportieren oftmals antisemitische, fremdenfeindliche und rassistische Inhalte.

Für Kameradschaften und Skinheads bedeutet die Musikszene mehr als nur Ideologievermittlung, da sie eine finanzielle Stütze ist.

Bands wie „Landser“, „No Remorse“, „Scullheads“, „Hauptkampflinie“ und „Spreegeschwader“ fallen durch ihre Namensgebung auf und weisen durch ihre Internationalität auf ein globales Problem hin.

Quelle: Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, Abteilung Verfassungsschutz, Musik – Mode – Markenzeichen, 3. Auflage, Düsseldorf 2006

Maßnahmen gegen Rechtsextremismus

Repressive Maßnahmen

Verschärfung des Versammlungsrechts

Durch die Verschärfung des Versammlungsrechts im Jahr 2005 durch die Rot-Grüne Bundesregierung kann nun der Aufmarsch von Neonazis an historischen bedeutenden Gedenkstätten verboten werden.

Nach Artikel 8 des Grundgesetzes haben alle Deutschen das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln. Diese freien Versammlungen stellen einen demokratischen Grundpfeiler dar, mit dessen Hilfe politische Entscheidungsprozesse stattfinden können. Nach § 15 Absatz 1 des Versammlungsrechts kann eine Versammlung verboten werden, wenn sie die öffentliche Sicherheit und Ordnung unmittelbar gefährdet. Dazu gehören die Gefährdung von Rechten, Rechtsgütern und der Rechtsordnung sowie der Schutz des Staates und seiner Einrichtungen. Ein vollständiges Verbot von rechtsextremistischen Versammlungen ist nach der Gesetzeslage und Rechtsprechung nur selten möglich. Durch die Verschärfung des Versammlungsrechts im Jahr 2005 durch die Rot-Grüne Bundesregierung kann nun der Aufmarsch von Neonazis an historischen bedeutenden Gedenkstätten verboten werden. Mit Ausnahme des Holocaust-Mahnmals in Berlin-Mitte, das vom Bund als Versammlungsort für Rechtsextreme verboten wurde, können die Länder per Gesetz weitere Orte festlegen.

Strafgesetzbuch

Wichtige Strafgesetze, gegen die Rechtsradikale am ehesten verstoßen:

- § 86 StGB Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen
- § 86 a StGB Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen
- § 84 StGB Fortführen einer für verfassungswidrig erklärten Partei
- § 85 StGB Verstoß gegen ein Vereinigungsverbot
- § 125 StGB Landfriedensbruch
- § 127 StGB Bildung bewaffneter Gruppen
- § 130 StGB Volksverhetzung
- § 185 StGB Beleidigung
- § 189 StGB Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener

Verfassungsverbot rechtsextremer Parteien

Nach Artikel 21, Absatz 2 des Grundgesetzes besteht die Möglichkeit Parteien, welche die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland beseitigen wollen, für verfassungswidrig zu erklären. Ob eine Partei antidemokratisch ist oder nicht, entscheidet das Bundesverfassungsgericht.

Im NPD-Verbotsverfahren 2002 vor dem Bundesverfassungsgericht wurde nicht in der Sache entschieden, sondern es wurde aus formalen Gründen wegen der sog. „V-Mann-Affäre“ eingestellt. Das entstandene Bild in der Öffentlichkeit war allerdings verheerend. Nicht nur von rechtsextremer Seite wird seitdem argumentiert, die NPD sei nicht verboten worden sondern eine demokratische Partei.

Aktuelle Aussagen von SPD- Politikern zur NPD

Kurt Beck, SPD-Parteivorsitzender, 24.08.2007:

„Ich halte eine neuerliche Prüfung eines NPD-Verbots mit allen rechtsstaatlich zur Verfügung stehenden Mitteln für unabdingbar.“

Peter Struck, SPD-Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, 14.09.2007:

„Die sind verfassungswidrig“.

„Ich möchte nicht, dass diese Partei weiterhin 1,5 Millionen Euro vom Staat kassiert und damit ihren Kampf gegen den Staat finanziert.“

Franz Müntefering, Vizekanzler, 13. November 2006:

„Wenn die NPD verboten werden kann, das wird zu prüfen sein, dann bin ich eindeutig dafür.“

Hubertus Heil, Generalsekretär der SPD, 27.08.2007:

„Ich bin mir ziemlich sicher, dass es gelingen kann und gelingen wird, die NPD zu verbieten.“

.....

**Auszug aus dem Beschluß „Demokratie stärken. Gewalt bekämpfen.
Wirksam handeln gegen Rechtsextremismus.“**

Die SPD hat auf ihrem Parteitag vom 26. Oktober bis 28. Oktober 2007 in Hamburg zur NPD einen Beschluß gefasst:

„Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben keinen Zweifel, dass die NPD eine aggressivkämpferische Grundhaltung gegenüber unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung hat. Deshalb muß die NPD verboten werden. Wir sehen nicht tatenlos zu, wie die NPD mit Steuergeldern ihre menschenfeindlichen Aktivitäten vorantreibt.

Wir fordern Bundestag, Bundesregierung und Bundesrat auf, einen Fahrplan für ein Verbot der NPD zu erarbeiten. Die SPD-Bundestagsfraktion wird gebeten, hierzu die Initiative zu ergreifen.“

.....

Präventive Maßnahmen

Aufklärung in Schulen und auf Versammlungen

Um effektiv gegen den sich ausbreitenden Rechtsextremismus vorzugehen, führt kein Weg an **Aufklärungsarbeit** bei jungen Menschen vorbei. Im „Kampf um die Köpfe“ muss den Rechten früh Paroli geboten werden, damit rechtsextremes Gedankengut keinen Anklang unter Jugendlichen findet. Durch politische Bildung an Schulen und in Seminaren kann sichergestellt werden, dass möglichst viele über die sinnentleerte braune Propaganda aufgeklärt werden.

Die Ausstellung „Die Braune Falle“ vom Bundesamt für Verfassungsschutz trägt dazu bei, dass Methoden von rechtsextremen Gruppierungen enttarnt werden. Zudem werden Auswege aus dem faschistischen Lager aufgezeigt. Die vom Bundesamt für Verfassungsschutz initiierte Wanderausstellung zeigt anhand der fiktiven Person Mario S., wie er in die Fänge von Rechten gekommen ist und wie er die Möglichkeit des Aussteigens nutzte. Sehr gut dokumentiert „Die Braune Falle“, wie Jugendliche ohne

festen Halt im Leben zur Skinheadszene gelangen und wie einschlägige Musik als verbindendes Element den ideologischen Kitt darstellt.

Die Ausstellung kann gebucht werden und durch freien Eintritt junge Menschen dazu bewegen kritisch den Rechtsextremismus zu hinterfragen. Eine digitale Broschüre lässt sich ebenfalls auf der Seite des Bundesamtes für Verfassungsschutz finden.

Weitere Ausstellungen bieten die Verfassungsschutzämter des Bundes und der Länder an.

Referenten für Veranstaltungen können zum Beispiel beim „Anne Frank Zentrum“, dem Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ oder „Gesicht zeigen“ nachgefragt werden. Auch die Friedrich-Ebert-Stiftung bietet mit ihrem „Projekt Rechtsextremismus“ Veranstaltungen und Workshops an.

Durch politische Bildung an Schulen und in Seminaren kann sichergestellt werden, dass möglichst viele über die sinnentleerte braune Propaganda aufgeklärt werden.

Quelle: Bundesamt für Verfassungsschutz

.....

Vielfalt tut gut - Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie

Zum 01.01.2007 hat das Programm „Vielfalt tut gut – Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ die Programme Civitas und Entimon abgelöst.

Ziele des neuen Programms, das durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gesteuert wird, sind die **Stärkung der Zivilgesellschaft**, Förderung der Toleranz und Demokratie und Unterstützung der Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen.

Durch die Kommunen, zivilgesellschaftlichen Träger und Initiativen werden lokale Aktionspläne gegen Fremdenhass entworfen.

Mit einem Etat von 19 Millionen Euro soll besonders im präventiv-pädagogischen Bereich Jugendlichen in strukturschwachen Regionen und jungen Männern mit niedrigem Bildungsniveau geholfen werden. Im Vordergrund steht die Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit durch gezielte Aufklärungsarbeit auf kommunaler Ebene. Durch die Kommunen, zivilgesellschaftliche Träger und Initiativen werden lokale Aktionspläne gegen Fremdenhass entworfen. Dabei besteht die Pflicht der Kommunen und Länder zur Kofinanzierung.

Neben den regionalen Projekten werden auch überregionale Modellprojekte gefördert. Die Themen „Historischer und aktueller Antisemitismus“, Präventions- und Bildungsangebote für die Einwanderungsgesellschaft und früh ansetzende Prävention stehen im Vordergrund.

Die Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung (GSUB) hat ihre Tätigkeit als Regiestelle aufgenommen.

AnsprechpartnerInnen und weitere Informationen unter:
www.vielfalt-tut-gut.de und www.gsub.de

Quelle: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

.....

Förderung von Beratungsnetzwerken – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus

Das Bundesprogramm zur „Förderung von Beratungsnetzwerken – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“ hat das Ziel rechtsextremistische, fremdenfeindliche und antisemitische Strukturen im Gemeinwesen zu bekämpfen.

Durch kompetente Beratungshilfen wird in Krisensituationen Betroffenen vor Ort geholfen und eine weitere Eskalation präventiv vorgebeugt.

Durch **kompetente Beratungshilfen** wird in Krisensituationen Betroffenen vor Ort geholfen und eine weitere Eskalation präventiv vorgebeugt. Dafür stehen im Etat des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 5 Millionen Euro zur Verfügung.

Beispiele für örtliche Krisensituationen

- Unterwanderung oder Übernahme der örtlichen Jugendarbeit oder der Engagementstrukturen der Bürgergesellschaft durch rechtsextremistische, fremdenfeindliche oder antisemitische Strukturen
- Entstehung von „Angstzonen“
- Bildung von rechtsextremistischen, fremdenfeindlichen oder antisemitisch beeinflussten Bürgerinitiativen, die sich gegen Obdachlosenheim, Behindertenwohnheim, Moschee, Gedenkstätte, Asylbewerberheim richten

- Versuch des Ankaufs von Immobilien zum Zwecke der Einrichtung einer rechtsextremistischen, fremdenfeindlichen oder antisemitischen Schulungs- und Veranstaltungsstätte
- Rechtsextremistische, antisemitistische und fremdenfeindliche Veranstaltungen, Konzerte, Infostände, Demonstrationen und anderes

Die 16 Bundesländer stellen sicher, dass landesweite Beratungsnetzwerke eingerichtet werden und die je nach Krisensituation erforderlichen Einsätze der Mobilien Interventionsteams vor Ort erfolgen. In den neuen Bundesländern sollen die bisherigen Mobilien Beratungsteams und Opferberatungsstellen in die Arbeit integriert werden. Somit sind diese Beratungsnetzwerke Anlaufsstelle, wenn es zu einer oben beschriebenen Krisensituation kommt.

Für die Umsetzung und Begleitung wurde in der „Stiftung Demokratische Jugend“ eine Zentralstelle eingerichtet. Sie soll den Ländern fachlich-inhaltliche Unterstützung bei der Zusammenstellung, Implementierung, Koordinierung und Begleitung der landesweiten Beratungsnetzwerke anbieten.

Weitere Informationen zur Förderung von Beratungsnetzwerken – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus unter:
www.jugendstiftung.org

Quelle: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

.....

XENOS – Leben und Arbeit in Vielfalt

Das Projekt „XENOS“ ist ein Programm gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, das besonders in der Arbeitswelt zur Bekämpfung beitragen soll. Jugendliche und junge Heranwachsende sollen durch verschiedenste Projekte im Beruf und in der Schule tolerantes Zusammenleben mit ausländischen Mitbürger/innen erlernen, um so keine rassistischen und fremdenfeindlichen Einstellungen zu entwickeln.

Das durch den Europäischen Sozialfonds (ESF) geförderte Programm „XENOS“ versucht über den Beruf und die Schule Einfluss auf das zivilgesellschaftliche Engagement innerhalb der Gesellschaft zu nehmen. Im Vordergrund stehen hierbei Maßnahmen, die den Jugendlichen einen Arbeitsplatz vermitteln. Junge Heranwachsende entwickeln oft eine Intolerante Haltung gegenüber Migrant(en)/innen, wenn ihnen der Zugang in den Arbeitsmarkt verwehrt bleibt. Dem soll „XENOS“ entgegenwirken.

Bis Ende 2007 wurden mit dem Programm XENOS 250 Projekte mit einem Volumen von 160 Millionen Euro gefördert. Für den Zeitraum von 2008 bis 2013 werden 300 Millionen Euro bereitstehen. Förderschwerpunkte dabei sind die Qualifizierung und Weiterbildung in der Schule, die betriebliche Weiterbildung in Unternehmen, Grenzüberschreitende Arbeit, Aufklärung und Sensibilisierung, die Integration von Migrantinnen und Migranten und die Unterstützung bei der Umsetzung der neuen Bleiberechtsregelung.

Die berufliche Integration ist der Maßstab aller XENOS-Projekte und bietet vor allem jungen Menschen Alternativen zum Rechtsextremismus und eine Lebensperspektive.

Die durch XENOS geförderten Projekte sind umfassend und nicht so speziell auf Rechtsextremismus ausgerichtet, wie die vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderten Initiativen. Die **berufliche Integration ist der Maßstab** aller XENOS-Projekte und bietet vor allem jungen Menschen Alternativen zum Rechtsextremismus und eine Lebensperspektive.

Förderanträge können direkt in Bundesministerium für Arbeit und Soziales bestellt werden, Informationen befinden sich auf der Homepage des Ministeriums.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales / www.xenos.de

Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt

Am 23. Mai 2000 wurde von der Rot-Grünen Bundesregierung das Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt ins Leben gerufen. Es bekämpft den Rechtsextremismus und stärkt die Menschenwürde, sowie die Menschenrechte.

Das Bündnis ist ein **Dachverband mit über 1.300 Gruppen**. Darin sind Vertreter aus allen Bundestagsfraktionen, dem Bundesministerium für Inneres und Justiz, Wissenschaftler von Universitäten, Geistliche, Mitglieder von Gewerkschaftsverbänden sowie durch Medien bekannte Prominente vertreten.

Mit der Prämierung verschiedenster Projekte durch den jährlichen Wettbewerb „Aktiv für Demokratie und Toleranz“

wird zivilgesellschaftliches Engagement, Kreativität und Mitmenschlichkeit geehrt. Dieser Wettbewerb ist Ansporn und Belohnung in einem und ruft zur Nachahmung auf. Der Victor Klemperer-Wettbewerb will Schülerinnen und Schüler, Jugendliche und junge Erwachsene (Einzelpersonen, Klassen, Gruppen usw.) anregen, sich mit den Themenbereichen Demokratie und Toleranz kreativ zu beschäftigen. Die Themen und Darstellungsformen können frei gewählt werden. Wichtig ist, das Thema so aufzubereiten, dass auch andere daraus etwas lernen können. Zusätzlich werden jedes Jahr „Botschafter der Toleranz“ ausgezeichnet.

Das „Bündnis für Demokratie und Toleranz“ leistet Aufklärungsarbeit, auch in

Kommunalseminaren, die im Kampf gegen Rechtsextremismus unerlässlich ist. Dabei ist ein wichtiger Ansprechpartner auch der Sport mit seinen zahlreichen Organisationen und Vereinen.

Quelle: www.buendnis-toleranz.de | www.victor-klemperer-wettbewerb.de

.....

Bundeszentrale für politische Bildung

Als Bindeglied zwischen Politik und Gesellschaft kann die Bundeszentrale für politische Bildung verstanden werden. Diese 1952 entstandene Institution hat sich zur Aufgabe gesetzt, das demokratische Bewusstsein der Bevölkerung mit Publikationen zu aktuellen Themen zu unterstützen. Politische Diskussionen sowie Zeitgeschichtliches werden neben ökologischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Fragen in Form von Printmedien und Onlinemedien durch die Bundeszentrale thematisiert.

Ihre besondere Verantwortung zur Demokratie, dem Pluralismus und der Toleranz nimmt sie in einmaliger Form wahr.

Themen wie Nationalsozialismus und Diktatur werden immer wieder von der Bundeszentrale aufgegriffen, um den Vergleich zu demokratischen Grundrechten und freiheitlichen Lebensformen aufzubauen. Im Rahmen der Neuausrichtung der Bundeszentrale nach 1998 haben die Themen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Integration in der Arbeit der Bundeszentrale besondere Beachtung gefunden. **Spezielle Angebote gibt es für Lehrer**, um gut aufgearbeitete und zeitgemäße Publikationen Jugendlichen durch Schulen zugänglich zu machen. Diese jungen Heranwachsenden sollen zur politischen Partizipation durch die Bundeszentrale für politische Bildung aufgerufen zu werden. Überparteilichkeit und wissenschaftliches Arbeiten sind Grundprinzipien dieser Institution.

Spezielle Angebote gibt es für Lehrer, um gut aufgearbeitete und zeitgemäße Publikationen Jugendlichen durch Schulen zugänglich zu machen.

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung

.....

Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“

Das Programm „Soziale Stadt“ wurde 1999 gestartet, um der zunehmenden sozialen und räumlichen Spaltung in den Städten entgegenzuwirken. Durch das Programm werden gegenwärtig in 447 Programmgebieten in 285 deutschen Städten und Gemeinden neue Herangehensweisen in der Stadtteilentwicklung gefördert.

Ziele des Programms sind

- die physischen Wohn- und Lebensbedingungen sowie die wirtschaftliche Basis in den Stadtteilen zu stabilisieren und zu verbessern,
- die Lebenschancen durch Vermittlung von Fähigkeiten, Fertigkeiten und Wissen zu erhöhen,
- Gebietsimage, Stadtteilöffentlichkeit und die Identifikation mit den Quartieren zu stärken.

Die bisherige Umsetzung des Programms zeigt, dass ein richtiger Weg eingeschlagen worden ist, mit dem sowohl leistungsfähige organisatorische Strukturen der Stadtteilentwicklung aufgebaut und **Integrierte Entwicklungs- bzw. Handlungskonzepte** erarbeitet als auch impulsgebende Maßnahmen und Projekte realisiert werden können.

Quelle: www.soziale-stadt.de

.....

Sonderprogramm für Beschäftigung, Bildung und Teilhabe vor Ort

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung legen für die Jahre 2007 und 2008 ein neues Sonderprogramm für Beschäftigung, Bildung und Teilhabe vor Ort auf. Die Maßnahme verbindet die beiden bestehenden Programme „XENOS - Leben und Arbeiten in Vielfalt“ und „Soziale Stadt“. Schwerpunkt des Sonderprogramms mit einem Volumen von 37 Millionen Euro ist die Unterstützung des Engagements für mehr Toleranz und Integration sowie die Förderung zivilgesellschaftlicher Strukturen und bürgerschaftlichen Engagements.

Die beiden Bundesministerien nutzen mit der Kooperation Synergien und unterstützen lokale Initiativen über bestehende, bewährte Förderstrukturen. Das führt zu mehr Effizienz und vermeidet Bürokratie. Das Programm verfolgt in seiner stadtentwicklungspolitischen Dimension einen **integrativen Ansatz**; die Förderung

kann flexibel an die jeweiligen lokalen Bedingungen angepasst werden. Sie richtet sich auf die Schaffung neuer Ausbildungsplätze, die Stärkung lokaler Arbeitsmärkte und örtlicher Wirtschaftskraft sowie auf die Entwicklung tragfähiger Integrationsstrukturen in Städten und ländlichen Gebieten. Städtebauliche Investitionen werden mit sozialen Maßnahmen verzahnt. Wichtigste Zielgruppen sind junge Erwachsene, Migrantinnen und Migranten sowie Langzeitarbeitslose. Ihr Zugang zu Ausbildung und Arbeitsmarkt soll verbessert, ihre gesellschaftliche Teilhabe und Einbindung forciert werden.

Wichtigste Zielgruppen sind junge Erwachsene, Migrantinnen und Migranten sowie Langzeitarbeitslose. Ihr Zugang zu Ausbildung und Arbeitsmarkt soll verbessert, ihre gesellschaftliche Teilhabe und Einbindung forciert werden.

Für das Sonderprogramm stellen die Bundesministerien für Arbeit und Soziales und für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung in den Jahren 2007 und 2008 gemeinsam insgesamt rund 37 Millionen Euro bereit. Der Großteil dieser Summe stammt aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds.

Weitere Informationen stehen unter www.bmas.de bereit.

.....

Fonds für Opfer rechtsextremistischer Übergriffe

Der Deutsche Bundestag hat erstmals im Haushaltsjahr 2001 Mittel zur Entschädigung von Opfern rechtsextremer Gewalt bereitgestellt, die als Soforthilfe der Zahlung von Härteleistungen aus Billigkeit dienen. Diese freiwillig übernommene Leistung, auf die kein Rechtsanspruch besteht, ist als Akt der **Solidarität** des Staates und seiner Bürger **mit den Betroffenen** zu verstehen. Zugleich soll mit ihr ein deutliches Zeichen für die Ächtung derartiger Übergriffe gesetzt werden. Die Leistung wird als einmalige Kapitalleistung gewährt.

Leistungen erhalten können sowohl deutsche Staatsbürger als auch Ausländer, die sich berechtigt im Bundesgebiet aufhalten. Das Opfer selbst kann ebenso Härteleistungen erlangen wie auch Hinterbliebene und sogenannte Nothelfer, d.h. Personen, die bei der Abwehr eines rechtsextremistischen Übergriffs auf Dritte einen gesundheitlichen Schaden erlitten haben.

Im Haushalt des Bundesamts der Justiz (EP 07 – Justiz) sind dafür 300.000 Euro vorgesehen.

Anträge sind beim Bundesamt für Justiz zu stellen.

Quelle: www.bundesjustizamt.de

Auswahl weiterführender Informationen

Aktion Courage

www.aktioncourage.de

Aktion Noteingang

www.aktion-noteingang.de

Aktionsprogramm Vielfalt tut gut - Jugend für Toleranz und Demokratie

www.vielfalt-tut-gut.de

www.gsub.de

Am Ball bleiben - DFB Projekt „Fußball gegen Rassismus und Diskriminierung“

www.amballbleiben.org

Amadeo-Antonio-Stiftung

www.amadeu-antonio-stiftung.de

Arbeitsgruppe Rechtsextremismus in ver.di

www.agrexive.de

Bertelsmann-Stiftung

www.bertelsmann-stiftung.de

Blick nach Rechts

www.bnr.de

BLK-Programm „Demokratie lernen & leben“

www.blk-demokratie.de

Bündnis für Demokratie und Toleranz

www.buendnis-toleranz.de

Bundesamt für Verfassungsschutz

www.verfassungsschutz.de

Bundesministerium für Arbeit und Soziales

www.bmas.bund.de

Bundesministerium des Innern

www.bmi.bund.de

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

www.bmfsfj.de

www.jugendstiftung-vielfalt.org

Bundeszentrale für politische Bildung

www.bpb.de

Bundeszentrale für politische Bildung - Was tun gegen Rechtsextremismus

www.bpb-aktiv.de

DGB-Jugend: Demokratie macht Schule

www.demokratie-macht-schule.de

Elternberatungsnetzwerk - Ost

www.elternberatung-ost.de

Endstation Rechts

www.endstation-rechts.de

Forum gegen Rassismus

www.forum-gegen-rassismus.de

Forschungs- und Arbeitsstelle „Erziehung nach/über Auschwitz“

www.erziehung-nach-auschwitz.de

Freudenbergstiftung

www.freudenbergstiftung.de

Friedrich-Ebert-Stiftung

www.fes.de/rechtsextremismus

**Fritz-Bauer-Institut - Studien- und Dokumentationszentrum
zur Geschichte und Wirkung des Holocausts**

www.fritz-bauer-institut.de

Girlskick!

www.girlskick.de

Gegen Vergessen - Für Demokratie e.V.

www.gegen-vergessen.de

Gesicht Zeigen! Aktion weltoffenes Deutschland e.V.
www.gesichtzeigen.de

Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg
www.boell-brandenburg.de

Hilfe für Aussteiger aus der rechten Szene
www.exit-deutschland.de

Horizont e.V.
www.horizont-nauen.de

Holocaust-Referenz - Argumente gegen Auschwitzleugner
www.h-ref.de

Informationen zum Erkennen rechtsextremistischer Straftaten
www.klick-nach-rechts.de

Informationsdienst gegen Rechtsextremismus
www.idgr.de

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuarbeit e. V. (IDA)
www.idaev.de

Infortiot - news und termine für das alternative brandenburg
www.infortiot.de

Informationsressourcen zum Thema Rechtsextremismus
www.datarex.info

Integrationsbeauftragte der Bundesregierung
www.integrationsbeauftragte.de

Internetportal der Bundesregierung zur Bekämpfung des Rechtsextremismus
www.bundesregierung.de

Laut gegen Nazis; Rechte Gewalt kann jeden treffen
www.lautgegennazis.de

Mach meinen Kumpel nicht an! e. V.
www.gelbehand.de

Mut gegen rechte Gewalt
www.mut-gegen-rechte-gewalt.de

Netzwerk für Demokratie und Courage

www.netzwerk-courage.de

NPD-BLOG Recherche, Dokumentation, Aufklärung - eine kritische Beobachtung der NPD und deren Umfeld

www.npd-blog.info

Opferperspektive - Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt

www.opferperspektive.de

Polizei - Beratung

www.polizei-beratung.de

Projektgruppe Rechtsextremismus im Willy-Brandt-Haus

www.stark-gegen-rechts.spd.de

Redok nachrichten - rechenen - berichte - dokumente

www.redok.de

Shoa.de e.V. - Projekt zur Geschichte des Holocausts

www.shoa.de

Soziale Stadt

www.sozialestadt.de

SPD-Bundestagsfraktion

www.spdfraktion.de

Stark-gegen-rechts.spd.de - Veranstaltungen, Aktionsvorschläge, Materialien

www.stark-gegen-rechts.spd.de

Tolerantes Brandenburg

www.tolerantes.brandenburg.de

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION,
PETRA ERNSTBERGER MdB, PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN,
PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

TEXT: CHRISTIANE MENSCHING, DIETMAR VIEHWEGER,
ULLRICH SCHMIDT

HERSTELLUNG: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, ÖFFENTLICHKEITSARBEIT
FOTO: KLAUS VYHNALEK

DIESE VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION DIENT
AUSSCHLIESSLICH DER INFORMATION. SIE DARF WÄHREND EINES
WAHLKAMPFES NICHT ALS WAHLWERBUNG VERWENDET WERDEN.